

Soziale Amnesie

Worum geht es in der “Integrationsdebatte“?

Manfred Dahlmann

I.

Wer ernsthaft darüber nachgedacht hat, aufgrund welcher Bedingungen und mit welchen Zielen sich die Deutschen 1933 zur bisher wirkmächtigsten universalistischen Massenbewegung der Geschichte haben organisieren können, dem mußte ein derartiges Gefasel über “die Frage eines linken Universalismus, die sich im spezifischen stelle” wie das von Nora Sternfeld (*Jungle World* 48/2010), und das von Cord Riechelmann über das Manifest *Der kommende Aufstand* (*Jungle World* 49/2010) erst recht, bei der Lektüre im Halse stecken bleiben.

Seit mindestens zwei Jahrhunderten ist der Kapitalismus eine universale, man kann auch sagen: globale Veranstaltung, die allen Weltbürgern das Paradies auf Erden verspricht, sofern sie bereit sind, sich als Subjekte zueinander zu verhalten, das heißt: der Mensch, als dieses Subjekt gefaßt, muß sich als Einzelner, als von tradierten kulturellen Abhängigkeiten oder sonstwie auferlegten personalen Zwängen (der Blutsurrenge, wie Marx das nannte) befreites Individuum begreifen, das sein Vermögen, soweit es Warenform annehmen kann, der gesellschaftlichen Verwertung überläßt. Bei diesem Vermögen kann es sich darum handeln, einen Gegenstand zu besitzen, den ein Anderer erwerben möchte, das mag die Fähigkeit sein, arbeiten zu können, oder auch der Umstand, über Geld zu verfügen, das man zur Produktion von mehr Geld anderen Subjekten zur Verfügung stellt. Daraus ergibt sich zwangsläufig, daß jedes Subjekt jeden seiner Mitmenschen als ihm vom Prinzip her gleich Gestellten, gleich Freien anerkennen muß, gegenüber dem er, so sehr er ihm auch als Konkurrent gegenübertritt mag, auf die Ausübung oder Androhung von physischer Gewalt im Zuge der Verwertung seines Vermögens verzichten muß. Freiheit und Gleichheit aller zum einen und gegenseitige Anerkennung statt unmittelbarer Gewalt gegenüber ‘Mitbewerbern’, um was auch immer, zum anderen: das sind die *formalen* Voraussetzungen einer Produktionsweise, die *inhaltlich* auf die Verwertung (man kann auch sagen: *substantiell* auf die Ausbeutung) von Arbeit, was heißt: der Abtretung konkreter Lebenszeit an das Kapital – also an diesen Universalismus – beruht.

Dieser Konditionierung zum Subjekt unterwirft der Mensch sich nicht von Natur aus: im Gegenteil. Dessen ‘erste Natur’ ist bekanntlich darauf ausgerichtet, Bedürfnisse möglichst unmittelbar zu befriedigen, und nicht erst über solch komplexe Vermittlungen zwischen formaler Bedingung und inhaltlichem Resultat – so sehr dieses Resultat auch in einem Überfluß an Waren existiert, dessen Ausmaß für Menschen aus früheren Zeiten, in denen es eine derartige Subjektkonstitution noch nicht gab, unvorstellbar war. Damit die Subjekte sich als solche tatsächlich verhalten, benötigt diese ‘Verwertungsmaschinerie’ Kapital somit eine Instanz, die diese formalen Voraussetzungen seiner Reproduktion garantiert: den Staat. In gleicher Weise wie das Subjekt sein Vermögen der ökonomischen Verwertung überläßt – in der mehr oder weniger begründeten Hoffnung, dieses damit nicht nur zu erhalten, sondern noch zu vermehren – so tritt es dem Staat seine naturgegebene Fähigkeit ab, gegen die Voraussetzungen dieser wundersamen Vermögensvermehrung (von deren Konstitution nur die allerwenigsten einen Begriff haben, und die dafür eigentlich zuständigen Volkswirtschaftler am wenigsten) zu verstoßen. Der Staat garantiert der (bürgerlichen) Gesellschaft, daß ihre Subjekte keine Gewalt anwenden, einander nicht betrügen, den (staatlich anerkannten) Mitbürger von der Verwertung nicht ausschließen usw., mit einem Wort: die Subjekte überlassen ihm das Gewaltmonopol.

Kein Mensch, kein Staat dieser Welt kann sich diesem, vom Kapital gesetzten Universalismus entziehen, mehr noch: keiner will das überhaupt, denn schließlich leben wir alle vom auf diese Weise

produzierten Reichtum – auch die Zapatistas, und die Autoren des *Manifestes* erst recht. Natürlich ist es eine Tatsache, daß Milliarden Menschen keine Möglichkeit finden, ihr Vermögen zu verwerten, so sehr sie auch nichts lieber täten: dafür, daß dem so und von der inneren Konstruktion her gesehen anders auch gar nicht möglich ist, lassen sich Hunderte von Gründen anführen, es gibt eine Unzahl von Schuldigen für diese Katastrophe – die vor allem darin zu sehen ist, daß, aufgrund des seit Jahrzehnten schon vorhandenen technologischen Wissens, kein Mensch verhungern oder an einer heilbaren Krankheit leiden oder sterben dürfte, dies aber immer noch täglich zigtausendfach der Fall ist. Nur eines ist an diesem Desaster und vielen anderen Widerwärtigkeiten garantiert nicht schuld: das Kapital. Ihm ist im Gegenteil jedes Subjekt willkommen, es lebt von ihm und durch es: und sei es 'bloß' ein Mensch, dessen Subjektstatus sich darin erschöpft, Konsument zu sein und mit weniger als 1 Euro pro Tag sein Leben fristen zu müssen. Schuld geben könnte man eventuell manchen (einheimischen oder auswärtigen) Geldbesitzern, insofern sie sich nicht bewegen lassen, ihr Geld in Gegenden zu investieren, die nur wenig Rendite versprechen. Als sehr viel verantwortlicher wären in dieser Hinsicht jedoch die Arbeitskraftbesitzer in den entwickelten Staaten zu erachten, die sich weigern, die Menschen der Dritten Welt (oder Ausländer überhaupt) als gleichberechtigte Konkurrenten beim Verkauf ihrer Ware, der Arbeitskraft, zu akzeptieren. Von all dem abgesehen: die Hauptschuld ist jedenfalls darin zu sehen, daß das Kapital für seine Reproduktion auf den Staat unbedingt angewiesen ist, einen Staat, der eben nicht universal organisiert ist, und in gleicher Weise global wie das Kapital überhaupt nicht existieren kann, da er sich in seiner gesamten 'Natur' nur auf die Subjekte des Territoriums bezieht, die ihm ihr Gewaltpotential übertragen haben – oder es als solches zumindest akzeptieren.

Aufgrund des dem (partiellen) Staat aus seiner Stellung im Reproduktionsprozeß des (universellen) Kapitals erwachsenden Anspruchs auf das Gewaltmonopol in seinem Territorium (auf dem alle anderen Staaten vom – allgemein anerkannten – Prinzip her nichts verloren haben) ist ihm die Möglichkeit nicht zu nehmen, sich von den Voraussetzungen seiner Existenz (der Sicherstellung der formalen Voraussetzungen kapitalistischer Produktion) zu 'emanzipieren' und direkt in die Verwertung der Subjekte einzugreifen – oder, wie die allermeisten der in der UNO zusammengefaßten Staaten, die vollständige Durchsetzung der formalen Voraussetzungen dieser Verwertung im Inneren zumindest zu beschränken, wie das auch heute noch etwa in Rußland oder China der Fall ist. Generell gilt: Der Staat kann mit einfachsten Mitteln, einem Gesetz oder nur einem Dekret, zum Beispiel bestimmten Subjekten die Geschäftsfähigkeit entziehen. Diese sind dann auf ihre erste Natur zurückgeworfen und ohne Chance, sich anders denn als Konsument und von Anderen Abhängige (der Familie, der Wohlfahrt) verwerten zu lassen. Doch auch umgekehrt: der Staat kann einzelne Gruppen, etwa Frauen, denen aufgrund überkommener Tradition eine volle Geschäftsfähigkeit verwehrt wird, als Subjekte mit allen anderen rechtlich gleichstellen. Jedenfalls: insofern der Staat die Mittel hat, zu bestimmen, wer sich wie auf seinem Territorium ökonomisch betätigen darf und wer nicht, ist er von seiner Struktur her unaufhebbar rassistisch verfaßt. Die Geschichte des Kapitals ist die Geschichte der Beziehung des Staats zum ökonomischen Grund seiner Existenz, ist die Geschichte staatlich organisierter Einbettung "partialer, spezifischer Identitäten" in den Universalismus des Kapitals.

Eine wie auch immer als sinnvoll anzusehende 'Integrationsdebatte' hätte sich, sollte man meinen, zumindest implizit auf diese realen gesellschaftlichen Bedingungen zu beziehen. So ab er, wie sie tatsächlich geführt wird – in bewußter Abstraktion von dieser Realität, das heißt zentriert um den Begriff der Kultur –, bringt diese 'Debatte' zum Ausdruck, daß es den Beteiligten um etwas anderes geht als das Schicksal der von der Kapitalverwertung rechtlich oder gesellschaftlich Ausgegrenzten: nämlich um ein allein den Diskutierenden gemeinsames Ziel, für dessen Erreichung 'nur' noch der richtige Weg, die richtigen Mittel zu finden seien.

Um zeigen zu können, worin dieses Ziel besteht, ist das bis hier Dargestellte zuerst 'auf den Begriff' zu bringen: Das Verhältnis von Gesellschaft und Staat, Ökonomie und Politik dreht sich um das Kapital als dem Souverän gesellschaftlicher Realität. Dieser Souverän ist zwar das Zentrum aller gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion – aber er erscheint nicht sichtbar; er ist nichts als bloße Form, ist eine Form, die die Individuen sich geben, um ihr, in ihrer Praxis als Subjekte, im Resultat also erst, einen Inhalt zu verschaffen. Dieser Souverän ist negativ in dem doppelten Sinne, daß er zum einen nur formal und abstrakt 'existiert', und als solcher nicht, wie ehemals Gott oder ein Kaiser oder ein Patriarch, inhaltlich faßbar ist, und zum anderen in dem präskriptiven Sinne, daß er natürlich die Fortexistenz von Ausbeutung und Herrschaft des Menschen über den Menschen festschreibt. Was das für die Wirklichkeit bedeutet, kann man zum Beispiel daran ermessen, welche Schwierigkeiten dieser Souverän hat, seine Subjekte davon abzuhalten, Geschäfte auch mit denen zu machen, deren erklärtes Ziel es ist, das Geschäftemachen künftig überhaupt zu verunmöglichen: der Unternehmer liefert auch seinem Mörder Waffen – wenn es sich ökonomisch lohnt. Und insofern dieser negative Souverän den Subjekten ungreifbar, unbegreiflich ist, werden diese, sobald sie ihn dennoch konkret, in Persona, erfassen wollen, zu Psychotikern: so wie der Staat strukturell rassistisch ist, so die Gesellschaft strukturell antisemitisch.

II.

Jeder weiß, dafür braucht es kein Soziologiestudium, daß es gewaltige Unterschiede im Subjektstatus gibt – und aufgrund der Konstruktion der negativen Souveränität geben muß. Auch sie erzeugt eine Rangordnung, allerdings eine vollkommen andere als alle Herrschaftsverhältnisse vor ihr. Die Subjekte mögen untereinander rechtlich noch so gleichgestellt sein, es lebt sich als Sozialhilfeempfänger nun einmal sehr viel schlechter, nämlich unfreier und ungleicher denn als Vorstandsmitglied eines Großunternehmens.

Was liegt näher, als vom Staat zu verlangen, dafür zu sorgen, daß wir alle als wirklich Gleiche und wahrhaft gleich Freie dem Souverän gegenüber treten können? Was liegt näher, als den existierenden kapitalistischen Souverän, der nur selten – nämlich nur im von Carl Schmitt erfaßten Ausnahmezustand – *in personae* erscheint, ansonsten als so etwas wie einen Verschwörer im Untergrund wahrzunehmen, der uns das Paradies auf Erden zwar verspricht, aber dies nur, um uns davon abzuhalten, als vollwertige Mitglieder am gesellschaftlich produzierten Reichtum alle in gleicher Weise teilzuhaben? Kurz: was hindert uns, vom Staat zu verlangen, die universale Form auch inhaltlich auszufüllen, das heißt den 'wahren' Souverän (womöglich im 'Weltstaat' institutionalisiert) zu fordern? Wir wollen also, vermittelt über den Staat: 'Gerechtigkeit' und wählen Die Linke oder SPD. Oder Die Grünen, wenn sich 'die' Natur uns als 'wahrer' Souverän geoffenbart haben sollte.

Neben dieser Linken gibt es einige, denen dieser 'Reformismus' nicht radikal genug ist: sie 'entlarven' den Parlamentarismus, die repräsentative Demokratie als den Ort, an dem der Staat (vermittelt über jene 'Reformisten') den 'wahren' Willen der Subjekte im Interesse des verkehrten Souveräns verfälscht. Ihr Weg zum positiven Souverän liegt 'auf der Straße': wenn ich dem Staat das Gewaltmonopol bestreite, verliert das Kapital seine Macht – so deren Kalkül. Ich hole mir vom Staat zurück, was er (oder die Gesellschaft) sich von mir angeeignet hat, als er mich zwang, mich der Form zu unterwerfen, die die Reproduktion von Staat und Gesellschaft garantiert. Ich schließe mich dementsprechend mit anderen, gleichgesinnten Subjekten zu "kämpfenden" Gruppen zusammen, deren gemeinsames Ziel es ist, den falschen, negativen Universalismus durch den wahren, positiven zu ersetzen. Unter den derartig "Kämpfenden" bin ich dann – und das ist ein nicht zu verachtender, wenn auch zunächst nur psychisch zu realisierender Mehrwert – schon jetzt als vollwertig anerkannt. Natürlich muß nicht jeder wirklich zu den Waffen greifen, es reicht, wenn er, etwa als westlicher Intellektueller, für die Taten der militant Kämpfenden zumindest Verständnis aufbringt, denn die

kämpfen ja im Grunde für dasselbe Ziel wie er, mögen deren Mittel und Begründungen manches Mal auch fraglich sein: für die Erlösung vom Übel einer unfäßbaren, alle hergebrachten Bindungen auflösenden, kulturelle Identitäten und Gruppenzugehörigkeiten atomisierenden Macht.

Ob links, postmodern oder islamisch: man versteht sich, über alle Grenzen und kulturellen Unterschiede hinweg. Gemeinsam ist das Ziel, ist ein inhaltlich verstandener Universalismus, der den Souverän aus seiner Fesselung an Manager, Banker und Spekulanten, seinen westlichen Wurzeln 'befreit'. Ein derartig 'entfesselter' Souverän kann aber nur gedanklich 'existieren' – also als Wahn, der nur deshalb nicht als solcher medizinisch diagnostiziert wird, weil er die Normalität repräsentiert, in der die meisten Subjekte sich in ihren Phantastereien bewegen. Deshalb sollte man mit Formulierungen, auch wenn sie aus dem *Kommunistischen Manifest* stammen, wie der, die Menschen hätten "eine Welt zu gewinnen", spätestens seit 1933 äußerst vorsichtig umgehen, denn seitdem muß man auch und gerade solche, äußerst allgemein gehaltene Utopien mit der Erinnerung konfrontieren, daß der Souverän sich auch negativ aufheben kann, sobald er positiv wird; was Marx und Engels noch nicht wissen konnten – Roger Behrens (Jungle World 49/2010) aber schon, in seinem Beitrag allerdings unterläßt, womit seine an sich ja nicht verkehrte Forderung nach einer Überordnung des Einzelnen über das Ganze zur leeren, bestenfalls neoliberalen Phrase zu verkommen droht.

Wie dieser Vorgang der 'Befreiung' – eines, wie oben gezeigt: gar nicht wirklichen, sondern nur als (kontingentes) Resultat existierenden Inhaltes aus einer, zumal noch: unbegriffenen Form – auch immer benannt wird (Volkssouveränität, Ende der Ausbeutung, 'befreite' Gesellschaft, Befreiung 'der' Arbeit aus den Zwängen des Kapitals), ist gleichgültig: die in diesem Sinne 'antikapitalistisch' gesinnten Individuen schließen sich als Parteien oder "Kämpfer" – und, bezeichnenderweise, explizit nicht als reflektierende Individuen – zusammen, geben sich einen einheitlichen 'Körper', übertragen ihr Über-Ich auf ein entsprechendes Idol (bei rebellisch gestimmten Studenten etwa sind, neben Subcommandante Marcos und Konsorten, seit einigen Jahrzehnten schon Foucault und, aktuell, Badiou besonders beliebt) und trachten danach, ihren Körper zu erweitern, indem weitere Gruppen und Subjekte auf den gemeinsamen, wie immer benannten Nenner eingeschworen werden. "Um die Linien, die weiß Gott keine geraden sind, auf denen die Autoren des *Manifestes* sich so souverän bewegen wie Maos Partisanen auf dem langen Marsch in den Bergen, Dörfern und Schluchten des ländlichen China, soll es hier gehen", so affirmiert Cord Riechelmann – auch in dieser Vulgarität und Banalität völlig korrekt – die 'Inhalte' all dieser "Kämpfe". Diese Inhalte sind beliebig austauschbar, werden mal so, mal anders definiert; der einzige Gradmesser ist der Erfolg, das heißt die Verbreiterung der Basis – so weit dies möglich ist, ohne die libidinösen Bindungen untereinander zu gefährden, die das den Zusammenhalt der "Kämpfer" bedingende Ausschalten der individuellen, selbstbestimmten Reflexion organisieren, die also das Vernünftigwerden der "kämpfenden" Subjekte verhindern.

Hatten die 'nationalen Befreiungsbewegungen' der Dritten Welt noch ein rational nachvollziehbares, wenn auch moralisch nicht zu akzeptierendes Ziel: die Eroberung des von den Kolonialmächten definierten Staates, um sich von hier aus den kapitalistisch produzierten Reichtum unmittelbar anzueignen (was dann davon für die jeweilige Bevölkerung übrig blieb, war ihnen weitestgehend egal), so kann selbst eine solch verwerfliche Rationalität deren westlichen Unterstützern nicht unterstellt werden: ihnen ging und geht es um noch mehr, nämlich um die vernünftig nicht nachvollziehbare negative Aufhebung des Kapitals, das heißt eine Aufhebung, in der nicht der Kommunismus, das heißt die gesellschaftliche Verwaltung der für das leibliche Leben notwendigen Mittel – was die Loslösung des warenförmigen Reichtums aus den libidinösen Bindungen der Subjekte und deren Befreiung von aller Idolatrie impliziert – an die Stelle dieses Souveräns träte. Ein derart profan verstandener Begriff vom Kommunismus, obwohl der einzig vernünftige, wäre besonders den sich im

“Kampf” befindlichen Möchtegern-Surrealisten viel zu banal und erlebnisarm; sie vermissen hier die Spektakel, den Kick, den sich der ‘Normalbürger’ ansonsten im Kaufhaus oder Erlebnispark holt.

Den Nazis gelang als ersten die ‘Befreiung’ des Souveräns aus seiner Negativität, indem sie die deutschen Gruppen-Körper in all ihrer Pluralität, ihrer chaotischen Vielfalt, zur Volksgemeinschaft verschweißen konnten. 1933 wurde der Wahn der psychotisierten Subjekte Wirklichkeit, mit den daraus sich ergebenden Folgen: Rassismus und Antisemitismus wurden offiziell-positives, vom gesamten Volk zu verwirklichendes, bis zur Niederlage auch verwirklichtes Programm; und der durch die Übersetzung der negativen in die positive Souveränität unwiderruflich gewordene Zusammenbruch der Kapitalreproduktion wurde, polit-ökonomisch konsequent, durch Raubkriege kompensiert.

Ideologisch verwirklichten die Deutschen die Philosophie des Lehrers von Foucault, Derrida & Co.: also die Martin Heideggers. Dessen universal Allgemeines, das ominöse ‘Sein’, wird als solches heutzutage anders als von den Nazis benannt: wird womöglich – nicht ganz richtig, aber eben auch nicht ganz falsch – als Inhalt gedacht (Weltfrieden, allgemeine Gerechtigkeit: das ganze Arsenal linker, sozialdemokratischer Allgemeinplätze läßt sich hier unterbringen). Von den philosophisch ‘Gebildeteren’ wird es aber noch nicht einmal dem bloßen Namen nach spezifiziert: sie sprechen bewußt nicht aus, wofür und wogegen sie konkret kämpfen – sondern lassen sprechen. Wie von Nora Sternfeld dargelegt geht es, ganz im Allgemeinen, um “Teilhabe an der Definitionsmacht darüber, was als universal gelten, was Allgemeingültigkeit beanspruchen kann”. Diese Intellektuellen wollen also entweder nicht wissen, von wem eigentlich sie “Teilhabe” gewährt bekommen könnten, oder sie wollen mit solchen Sprechblasen die Mitbestimmung der Subjekte darüber einklagen, ob zwei plus zwei wirklich vier sein soll. Zumindest, und das steht vor jeder Teilhabe an Definitionsmacht von vornherein fest und braucht deshalb auch nicht immer wieder erneut erwähnt zu werden, kämpft man gegen den Partikularismus, wie er von den USA und Israel verfolgt wird, oder, je nach ‘Perspektive’, gegen den von ihnen ausgehenden Universalismus – gegen das also, was man ansonsten Imperialismus zu nennen beliebt. Wie immer benannt: anders denn als das, was die Nazis Volksgemeinschaft nannten (und Heidegger das Sein), ist dieses historisch als Universalismus “dominant gewordene Partikulare” (ein das heideggersche Geraune von der ontologischen Differenz noch toppender Unbegriff) nicht zu verwirklichen. Aber daraus, weil man Dasselbe gar nicht oder anders als Andere benennt, folgt nun einmal ganz und gar nicht auch ein Anderes in der Praxis.

III.

Es ist schon seltsam: Freiheit, Gleichheit, Solidarität: das sind – wahrhaftig nicht nur in ‘radikalen’ Kreisen, wie in den von Riechelmann idealisierten; aber die werden in dieser Hinsicht militant – die Inhalte, die die Beziehungen innerhalb der politischen, für oder gegen was auch immer “kämpfenden” Gruppen und deren Verhältnis untereinander charakterisieren sollen (wer sich ihnen entzieht gilt dann als ‘Kollaborateur’ von wem oder was auch immer). Das also, was die kapitalistische Produktionsweise formal setzt, soll hier, im Politischen, unmittelbar inhaltlich gelebt werden; über die Bedingungen der in jener Form sich verwirklichenden Produktion (aufgrund der Verwertung von Arbeitskraft) und die ihrer Verteilung unter den Subjekten (die in sich widersprüchliche Rolle des Staates dabei) wird gar nicht erst geredet; diese Formen und deren Resultate verstehen sich demnach von selbst. In der Tat: Geld ist ja genug da, es muß nur in die ‘richtigen’ Hände fließen. Daß diese, von ihren formalen, in einer funktionierenden Verwertung fundierten Voraussetzungen abstrahierende Gestaltung des Politischen, je weiter sie fortschreitet, die Grundlage der Produktionsweise des Kapitals (negativ) zerstören muß, das ist ihnen (‘Radikalen’ wie ‘Reformisten’) unvorstellbar; für sie geht dieser Reproduktionsprozeß, als ob er von der Natur geschaffen worden wäre, immer weiter bis ins Unendliche. An den Krisen sind sowieso nur die ‘Kapitalisten’ schuld, ohne sie gibt es demnach keine.

Jeder Übergang von der formal-negativen Konstitution des kapitalistischen Souveräns jedoch in seine inhaltlich-positive Verkürzung (zu einem wie auch immer verstandenen 'Noch-Nicht') markiert den Punkt, von dem an die warenförmig vermittelte Ausbeutung, vom Prinzip her aber 'gewaltfrei', da vertraglich geregelte Produktion von Reichtum, in die gedanklich und emotional antizipierte Gewalt unvermittelter Aneignung umschlägt. Daran ändern auch die guten Absichten nicht nur nichts, sondern gerade die sind, wie meist in der Geschichte, im Kapitalismus aber immer, die Ursache allen Übels.

Beim kapitalistisch konstituierten Souverän handelt es sich um nicht sehr viel mehr, aber auch nicht weniger als den welthistorischen Beweis dafür, daß die Menschheit ohne eine Vergemeinschaftung auskommen kann, die auf unmittelbarer, personaler Herrschaft, auf Befehl und Gehorsam, auf überlieferte Sitten, Gebräuche und Traditionen, auf 'ewig' festgeschriebenen Tugenden beruht, den Beweis dafür also, daß der Mensch in einer (in genau zu bestimmender Weise: rein formal synthetisierten) Gesellschaft, in der das Individuum, in all seiner 'Triebhaftigkeit', sich selbst überlassen bleibt, nicht nur überleben, sondern auch sehr viel besser und selbstbestimmter, und sogar, obwohl das naturgemäß nur schwer nachzuweisen ist, moralischer leben *kann* als jemals bisher in der Geschichte.

Dies festzustellen bedeutet keineswegs, diejenigen, die unter dieser Subjektwerdung zu leiden haben oder daran zugrunde gingen oder auch noch werden, zu Opfern zu machen; man kann ihrem Leiden so keinen Sinn verleihen, sondern bewiesen ist damit nichts anderes, als daß der Kommunismus vom Prinzip her möglich, und zur Verhinderung von künftigen vermeidbaren Leiden unbedingt notwendig wäre – und sich damit jede anthropologisch-psychologisch begründete Notwendigkeit einer Bindung an Religion oder Kultur oder Ethik historisch längst als das erwiesen hat, was sie ist: reaktionäres Gewäsch.

Die mit dieser Individualisierung verbundene Vereinzelung gilt geradezu als Grundübel westlicher Zivilisation, aber, wer näher hinsieht, wird schnell bemerken, daß diese Denunziation nur dem Allgemeinen gilt, und so gut wie nie auf sich selbst im Konkreten bezogen wird: in die überwundenen Fänge patriarchaler Familien-Bande zurück will freiwillig kaum ein westlich Sozialisierter wirklich, auch und erst recht die Gender-Philosophin nicht, die den Kopftuchzwang zum selbstbewußten Ausdruck kultureller Identität verklärt. Ob es sich bei dieser Abstraktion von sich selbst um bloße Reflexionsverweigerung handelt, schiere Heuchelei von autoritären Charakteren oder eine Identifikation mit dem Aggressor, wäre nur in einer Einzelfall-Untersuchung zu klären. Jeder Flüchtling jedenfalls, der die Festungen Europa und USA unter Einsatz seines Lebens und ohne begründete Aussicht auf Erfolg zu überwinden versucht, beweist praktisch, daß er lieber unter staatlich tatsächlich durchgesetzten Bedingungen formaler Freiheit und Gleichheit sowie in Konkurrenz zu allen Anderen leben will als in 'Kulturen', die ihm inhaltlich vorgeben, wie er zu leben hat – oder dort, wo ihm der sich einer solchen Kultur verpflichtete Staat die Möglichkeiten vorenthält, die das Kapital ihm bieten könnte, wenn es nicht politisch an seiner vollständigen gesellschaftlichen Verallgemeinerung gehindert werden würde.

Statt mit diesen Flüchtlingen solidarisch zu sein, was hieße, ihnen das zu verschaffen, was ihnen einzig hilft: die Legalisierung ihres Aufenthaltes, ihre (universale) Anerkennung als Subjekte (die ohne deren Distanzierung von hergebrachten Autoritätsverhältnissen nicht zu haben ist), entwickeln westliche, linke Intellektuelle einen Selbsthaß auf ihre Zivilisation, auf die in ihr und global (zum Glück), wenn überhaupt, 'bloß' formal garantierten Menschenrechte, der umso verachtenswerter ist, als sie nicht bemerken wollen, wie sehr sie damit diese Flüchtlinge verhöhnen und als wie rassistisch sie sich erweisen, wenn sie die kulturell-traditionell bedingten, personellen Abhängigkeiten, denen jene

entkommen wollen, zu einem Wert an und für sich erklären, zu etwas Identischem, das der westlichen 'Kultur' wenn nicht gar überlegen, so doch zumindest gleichberechtigt sei.

Der Begriff der Kultur, ob der von ihrer Identität oder ihrer (inneren wie äußeren) Vielfalt, bringt eines der zentralen Ressentiments aus dem Arsenal deutscher Ideologie zum Ausdruck, das um keinen Deut weniger rassistisch wird, wenn es sich gegen sich selbst richtet. Der "spezifische Intellektuelle", der sich "in konkrete Kämpfe einmischt, um andere zum Sprechen zu bringen" (Nora Sternfeld, Foucault zitierend), ist der eurozentristische Repräsentant deutscher Ideologie, der genau weiß, daß der derartig zum Sprechen Gebrachte etwas anderes als eben: deutsche Ideologie nicht von sich geben wird. "Alles für alle. Für uns nichts", plärrt der Subcommandante: das war zu allen Zeiten die Parole von Demagogen, die sich selbst aus diesem "Alles" ausnahmen, weil sie was Besseres erwarten: nämlich die Hirtenschaft des Seins über "Alle" und "Alles". Wenn Marcos Heidegger nicht tatsächlich gelesen haben sollte, dann beweist er damit nur erneut, wie gut man jenen verstehen kann, ohne je ein Wort von ihm gelesen haben zu müssen.

Keiner verlangt, ein Loblied auf den Westen und das Kapital zu singen. Die Souveränität, um die es in der Integrationsdebatte unausgesprochen geht, und die alle Kollektivisten und Individualisten, Universalisten und Partikularisten gleichermaßen, 'befreien', was heißt: inhaltlich verwirklichen wollen, statt sie durch eine Ausbeutung und Herrschaft verunmöglichte Synthesis zu ersetzen, wurde von keinem gewollt, sie verdankt sich nichts anderem als so etwas wie einem schicksalhaften Unfall in der Geschichte und kann somit keinem – keiner Macht, keiner Gruppe, noch nicht einmal einer Klasse – als bewußt gewollte 'Leistung' zugesprochen werden; so wenig wie der Pyramidenbau, die Erfindung der Schrift etc. irgendeiner Kultur. All dies wurde von (für sich immer schon gleich freien) Menschen, wenn auch unter bestimmten historisch vorgefundenen, von anderen geschaffenen Bedingungen, erzeugt – andere Subjekte der Geschichte als das Einzelexemplar der Gattung Mensch gibt es nicht und hat es nie gegeben.

Die Vernunft kennt keine Kompromisse, in der Tat: der Menschheit muß es gelingen, ohne Souveränität – und kulturelle Abhängigkeiten erst recht – auszukommen; bis dahin ist dieselbe Vernunft allerdings für jeden Aufschub der endgültigen Selbstvernichtung durch den positiv gewendeten Souverän dankbar. Auch der kollektivistische Wahn kennt keine Kompromisse. wie Riechelmann in seiner Hetztirade auf alle Vernunft belegt: in ihm jedoch soll eine Gleichschaltung der "kämpfenden" Subjekte diejenigen durch das "Feuer der kommenden Aufstände" 'auf Linie' bringen oder ausschalten, denen, um einigermaßen über die Runden zu kommen (und die das 'Feuerlegen' als den groben Unfug erachten, der er ist), etwas anderes als der Kompromiß mit den herrschenden Zuständen gar nicht bleibt. Man kann mit Leuten, die das Individuum einem, zudem noch unerklärten Allgemeinen unterordnen, nicht vernünftig diskutieren, mit kollektiven Identitäten (oder "Vielheiten") sowieso nicht, sondern nur mit sich ihrer selbst bewußten Individuen. Kollektivismen, also den Subjekten angeblich vorgeordnete Kopfgeburten, ob religiös, kulturell oder sonstwie begründet, können nur denunziert werden. Jede Abstraktion von der (doppelt) negativen Souveränität des Kapitals (die also, welche die lebendige Arbeit warenförmig organisiert und die den Staat nur mehr oder weniger schlecht zu kontrollieren vermag) handelt sich eher früher als später die positive ein (also die, welche die formalen Bedingungen der Verwertung des Werts zerstört und deshalb zu seiner weiteren Reproduktion auf Raub, Betrug, Arbeitszwang und Vernichtung verfallen muß); kurz: diese Abstraktion sucht den Leviathan durch Behemoth zu ersetzen.

Das Fatale am kapitalistischen Leviathan ist, daß er sich seine Subjekte ständig neu 'kaufen' muß, er muß sie mit (weitestgehend tatsächlich produktiv gedecktem) Geld (und immer mehr Geld), mit Konsummöglichkeiten versorgen, damit sie ihn akzeptieren – was natürlich nur so lange funktioniert, wie der kapitalistische Reproduktionsprozeß nicht in einer finalen Krise in sich zusammenfällt. Der

Behemoth befriedigt seine Subjekte hingegen unmittelbar. Gegen ihn ist das Kapital perspektivisch machtlos. Bisher gilt das zwar, nimmt man die Zeit von 1933 bis 1945 aus, 'nur' ideologisch: aber wehe uns, wenn dieser Ideologie noch einmal die ihr entsprechende universal ausgerichtete Verwirklichung folgt.

Langfassung eines Beitrags, der redaktionell stark gekürzt am 16. Dezember 2010 im Rahmen einer Diskussionsreihe über Universalismus unter dem Titel "Kultur ist Zwang" in der Wochenzeitung *Jungle World* erschienen ist.

